

**Gesellschaft für bedrohte Völker
(GfbV)
Regionalgruppe Münster**
Dr. Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster

Münster, 15. Februar 2020

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

zwischen dem Orkan Sabine und dem angekündigten neuen schweren Sturm Viktoria sende ich euch und Ihnen diesen Menschenrechts-Rundbrief. Wieder ist er nicht sonderlich kurz ausgefallen, aber in der Menschenrechtsarbeit herrscht bekanntlich nie Windstille.

Es gibt auch Hoffnung machende Nachrichten, so die angekündigte Überstellung des früheren sudanesischen Diktators Omar Hassan al Bashir an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH / ICC). Dieser Massenmörder hat Millionen Menschenleben auf dem Gewissen und wird in Den Haag zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit u.a. in Darfur angeklagt.

Im Nachrichtenschatten finden aber auch weiterhin jeden Tag schlimmste Menschenrechtsverletzungen statt, so im chinesischen Xinjiang (Ostturkestan) in den Umerziehungslagern mit vermutlich einer Million uigurischer Insassen. Zu den aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verschwundenen Opfern schwerster Menschenrechtsverletzungen gehören auch die Rohingya in Myanmar (Burma) und ihre schlimme Lage in den Flüchtlingslagern in Bangladesh.

Auch aus Münster gibt es Nachrichten. Zum Neujahrsempfang der AfD im historischen Rathaus konnten wir als gut vernetzte Zivilgesellschaft mit einer machtvoll Gegendemonstration gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte ein unübersehbares Zeichen setzen.

Mit unserer Mitwirkung sind auch organisatorisch die Planungen für die Herbst-Veranstaltungsreihen zum Friedenskulturmonat und der des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit angelaufen. Zu letztgenannter Reihe sind alle Eine-Welt- und Menschenrechtsgruppen eingeladen, sich noch mit einer auch wieder finanziell geförderten Veranstaltung zu beteiligen.

Zu all diesen Aspekten enthält dieser Rundbrief wieder Informationen.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

Jetzt auch gelegentlich auf Twitter:

<https://twitter.com/Gesellschaft> (Kajo Schukalla)

<https://www.facebook.com/GfbV-Regionalgruppe-Münster-land-764367547257325/>

1. Ausgewählte Termine

„Nix Jacke wie Hose“

Freiwillig Fair – für eine global verantwortliche Beschaffung im Münsterland Workshop für Nachhaltigkeit

Mittwoch, 19. Februar 2020, 13.30 – 18 Uhr

Stadtweinhaus, Rathaus, Prinzipalmarkt 10, 48143 Münster

Der Workshop will auch ein Forum zum Austausch über nachhaltige Beschaffungsmöglichkeiten sein, bietet Argumentationshilfen für den fairen Einkauf sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote. Ein Markt der Möglichkeiten bietet regionalen Händlern auch die Möglichkeit, ihre ökofairen Produkte zu präsentieren.

Die Teilnahme ist frei.

Information und Anmeldung unter Tel. 0251/ 41749995, E-mail: lara.ardicoglu@eine-welt-netz-nrw.de



Aoua Kéita und Cheikh Anta Diop

Vortragsreihe: Afrikanische Perspektiven – Aus dem Schatten des Kolonialismus treten!

Donnerstag, 20. Februar 2020, 19.30 Uhr

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Referent: Dr. M. Moustapha Diallo, Literaturwissenschaftler (Senegal/Deutschland)

Die koloniale Brille verzerrt noch immer den westlichen Blick auf Afrika: Der Kontinent bleibt Bittsteller, der Westen Geber – und zwar materiell wie intellektuell. Dabei drängt sich, wenn man diese Brille absetzt, eine andere Sichtweise auf – und zwar materiell wie intellektuell: Wenn Afrika sich Europa verschlüsse, liefe in Wolfsburg bald kein Band mehr und kein Handy würde mehr funktionieren. Das stellte der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, vor kurzem fest.

Auch die intellektuellen Leistungen von Afrikaner*innen und ihre Beiträge zur Befreiung des Kontinents von den Fesseln des Kolonialismus und der postkolonialen Vorherrschaft des Westens werden kaum wahrgenommen. Die Reihe "Afrikanische Perspektiven – Aus dem Schatten des Kolonialismus treten!" richtet deshalb den Blick auf Afrikaner*innen, die mit ihren Analysen der Vergangenheit und Gegenwart sowie mit ihren Visionen die Debatten bis heute beeinflussen. Die Reihe ermöglicht damit in Münster eine differenzierte Darstellung politischer und kultureller Entwicklungen in den Ländern Afrikas, und zwar im Sinne der von den Vereinten Nationen ausgerufenen "Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft". Schriftsteller und Intellektuelle kommen zu Wort, lesen aus ihren Texten und diskutieren mit dem Publikum.

Moustapha Diallo, Herausgeber des Buches Visionäre Afrikas, stellt an zwei Abenden vier bedeutende Intellektuelle vor:

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster e.V., Checkpoint Afrika e.V., Volkshochschule Münster und Afrikanische Perspektiven

Reiseziel Georgien

Geschichte, Politik, Religion und Kultur

Freitag bis Samstag, 21. - 22. Februar 2020,

Fr ab 15 Uhr

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

- Land an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien
- Tiflis - eine Stadt kultureller und religiöser Kontraste
- Wardsia - Höhlenstadt mit der Klosterkirche Mariä Himmelfahrt

Georgien ist ein Staat an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien. Die ehemalige Sowjetrepublik umfasst Bergdörfer im Kaukasus ebenso wie Strände am Schwarzen Meer. Berühmt sind das weitläufige Höhlenkloster Vardzia aus dem 12. Jh. und die alte Weinbauregion Kachetien. Die Hauptstadt Tiflis zeigt eine vielfältige Architektur und eine labyrinthartige Altstadt mit kopfsteingepflasterten Straßen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und "samtenen Revolution" von 2003 hat sich das Land auch wirtschaftlich entwickelt.

www.franz-hitze-haus.de/info/20-003/

Internationaler Tag der Muttersprache

Freitag, 21. Februar 2020

Ein Gedenk- und Aktionstag mit zahlreichen Veranstaltungsangeboten



<http://www.wir-sind-muenster.org/>

Muttersprache

Podiumsgespräch zum Internationalen Tag der Muttersprache

Freitag, 21. Februar 2020, 17 Uhr

Rüstkammer des Rathauses, Eingang Stadtweinhaus,
Prinzipalmarkt, 48143 Münster

Eine Veranstaltung des Integrationsrates Münster
Eintritt frei

Bürgerdialog – Gemeinsam aktiv gegen Antiziganismus

Freitag bis Samstag, 21. - 22. Februar 2020

im Dortmunder U, Leonie-Reygers-Terrasse, 44137 Dortmund
(nahe Hauptbahnhof)

Bürgerdialog – Gemeinsam aktiv gegen Antiziganismus

21./22. Februar 2020 in Dortmund

Die Polarisierung der öffentlichen Debatten bedroht zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lebenswirklichkeiten haben sich voneinander entfernt und die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen und ins Gespräch zu kommen, wird geringer.



Welchen Beitrag kann hierbei der „Bürgerdialog“ als Format für Begegnung und die praxisorientierte Lösung von gesellschaftlich kontroversen und komplexen Fragestellungen und Herausforderungen leisten?

In Kooperation mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz und der Stadt Dortmund möchten wir gemeinsam mit Ihnen erarbeiten, welche Unterstützung zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antiziganismus braucht und wie hierbei der Bürgerdialog als eine mögliche Methode helfen kann.

Die Veranstaltung soll Raum bieten für den praxisorientierten Austausch und die Vernetzung von Initiativen und Projekten, die bereits aktiv gegen Antiziganismus in unserer Gesellschaft vorgehen. Gleichzeitig soll sie Anstoß geben für alle ehrenamtlich-zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte, sich gezielt mit Antiziganismus in ihrem Arbeitsfeld auseinanderzusetzen.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/gegen-antiziganismus/>

Zu den Folgen des Kolonialismus in Afrika für die afrikanischen Staaten und zur Rolle der Muttersprache -

Zum Internationalen Tag der Muttersprache

Freitag, 21. Februar 2020, 16.30 – 18.30 Uhr

Coerde mittendrin, Hamannplatz 38, 1. Etage, 48157 Münster-Coerde

Referent: Dr. Felin Twagirashyaka,

Zudem liest die Zwölfjährige Samiha Rehan eine Geschichte für Kinder auf Swahili, die übersetzt wird.

Eintritt frei

Interkulturelle Öffnung der Eine-Welt-Arbeit

Dienstag, 25. Februar 2020, 15 – 18 Uhr

Verspoel 7-8, 48143 Münster

Referent: Dr. Felin Twagirashyaka, Eine-Welt-Promotor

Eintritt frei

Anmeldung erbeten unter: felin.twagirashyaka@uriba-brunnen.de

Freiwilligenkoordination im interkulturellen Ehrenamt

Fachaustausch in Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Münster

Donnerstag, 27. Februar 2020, 17 – 19 Uhr

Gesundheitshaus Münster, Raum 403, Gasselstiege 13, 48159 Münster,

Seit 2015 veranstaltet die FreiwilligenAgentur einen Fachaustausch für Freiwilligenkoordinatoren und -koordinatorinnen, die gemeinsam mit Ehrenamtlichen die Unterstützung und Begleitung von Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung übernehmen. Die Strukturen und Bedarfe der Menschen, die in den letzten Jahren nach Münster gekommen sind, haben sich bis heute stark gewandelt damit einhergehend auch die Anforderungen an die Freiwilligen. Den Koordinierenden kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie begleiten und unterstützen Freiwillige und haben die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen des Engagements stetig weiterzuentwickeln und den Bedarfen anzupassen.

Der stadtweite Fachaustausch dient dazu, Erfahrungen auszutauschen, Informationen und Wissen zu bündeln sowie gegenseitige Unterstützung zu leisten.

In Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Münster lädt die FreiwilligenAgentur zweimal im Jahr zum Fachaustausch ein.

Neue Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren, die im interkulturellen Ehrenamt aktiv sind, sind selbstverständlich herzlich willkommen. Nehmen Sie gern Kontakt mit der FreiwilligenAgentur Münster auf.

Moderation: Lina Kohl, Vera Kalkhoff

Veranstalter: In Kooperation mit dem Sozialamt der Stadt Münster
Tel. 0251/ Tel. 492-5070

Anmeldeschluss: 27.2.2020
Eintritt frei

„Les Sauteurs – Those Who Jump“

EWf-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, den 27. Februar 2020, 19.30 Uhr

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster
Eintritt frei

SDGs in Afrika: Länderfokus Niger

Samstag, 29. Februar 2020, 18 – 22 Uhr

Im Neben*an (Cinema), Warendorfer Str. 45, 481345 Münster

Die Afrika Kooperative e. V. feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass plant die Gruppe von Januar bis Mai eine Reihe entwicklungspolitischer Vorträge und Diskussionen zu den globalen Entwicklungszielen (SDGs). Alle Veranstaltungen haben einen deutlichen Bezug zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und richten sich an alle Akteure in Münster und Umgebung, die Interesse oder Beziehungen zu dem jeweiligen Land – oder zu Partnerschaften mit Afrika allgemein – haben oder sich darüber informieren möchten.

Kooperative Afrika in Kooperation mit: Solidarität Niger e.V.

Landwirtschaft im Klimawandel: Ihre Zukunft – lokal und global

Freitag bis Sonntag, 28. Februar bis 1. März 2020

Fr ab 16 Uhr
Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Literatur als friedlicher Widerstand: Libanon

Dienstag, 3. März 2020, 19 Uhr

Volkshochschule, VHS-Forum 1, Aegidiimarkt, 48143 Münster

Referenten: Prof. Dr. Abdo Abboud / Georg-D. Schaaf

Literatur und Kunst reagieren sensibel auf staatliche Willkür und Gewalt. Und sie agieren solidarisch im friedlichen Widerstand – über sprachliche und politische Grenzen hinweg. In den zwei neuen Lesungen (siehe 08.10.2019: Algerien) steht das Werk von

Autor/-innen im Vordergrund, die ihr Land etwa wegen staatlicher oder religiöser Verfolgung verlassen mussten oder einen Weg der inneren Emigration gegangen sind. Jeweils in Original und Übersetzung lesen wir Lyrik und Prosa vor allem aus dem

Libanon. Wir sprechen über die Schreibenden – über Identitäten im Widerspruch, über die Wahrnehmung des Anderen, Kritik an den herrschenden Verhältnissen sowie über Erinnerung und Neubeginn im Exil. Im Wechsel mit den Texten ergänzen Erläuterungen, historische Zeugnisse und Einblicke in andere Medien wie Film, Musik und bildende Kunst die Lesungen.

Eine Kooperation der VHS mit ArDeLit, dem Arabischdeutschen Literaturkreis und dem Evangelischen Forum Münster.

Eintritt frei

„Lampedusa – Keine Insel“

EWf-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, 5. März 2020, 19.30 Uhr :

Referent: Andreas Zumach

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Eintritt frei

Pünktlichkeit und Privatsphäre – Unterschiedliche Konzepte von Zeit und Raum

Freitag, 10. März 2020, 17.30 – 20.30 Uhr

DRK-Haus, Zumsandstraße 25/27, Raum 1.09, 48145 Münster

Workshopleitung: ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.

„Pünktlichkeit ist die Tugend der Könige“ – dieses Zitat, das oft auf den französischen König Ludwig XVIII. zurückgeführt wird, ist wohl jedem bekannt. Doch was ist Pünktlichkeit? Wann ist es angemessen, bei einer Einladung zu erscheinen? Und wer darf wen warten lassen?

Gerade im interkulturellen Kontext sind diese Fragen nicht universell zu beantworten. Oft liegen vermeintlicher Unpünktlichkeit unterschiedliche Vorstellungen und Konzepte von Zeit zugrunde. Auch im Hinblick auf Konzepte von Raum (z. B. Privatsphäre oder Geschlechtertrennung), gibt es im interkulturellen Kontext unterschiedliche Vorstellungen. Wichtige Themen hierbei sind Körperkontakt und Sozialverhalten. Auch zu diesem Thema werden Informationen erarbeitet, die den interkulturellen Kontakt erleichtern.

Anmeldung: andrea.nolden@drk-muenster.de , Tel. 0251/ 37 88 82

Anmeldeschluss: 3.3.2020

Veranstalter: DRK Münster / ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.
Tel. 0251/ 37 88 82
Eintritt frei

Tibet-Gedenken

Mahnwache vor dem Rathaus
Dienstag, 10. März 2020, 11 Uhr
Prinzipalmarkt, 48143 Münster

Am 10. März 1959 begann der Volksaufstand in Tibet.
In Münster und anderen Städten wird zur Erinnerung an den Aufstand das Rathaus beflaggt.
In Deutschland sind an dem Tag rund tausend öffentliche Gebäude beteiligt.
Angeregt wurde diese Aktion in Deutschland 1995 von der Tibet Initiative Deutschland, 1996 dann erstmals auf Rathäusern umgesetzt, in Münster etwa später von der Tibet-Initiative und der Gesellschaft für bedrohte Völker politisch durchgesetzt.



1950 wurde Tibet völkerrechtswidrig von der Volksrepublik China besetzt, tibetische Kultur und buddhistische Religion verfolgt, die meisten Klöster wurden zerstört. Insgesamt werden über eine Million Tote beklagt.

Tibet-Initiative und Gesellschaft für bedrohte Völker

„Deportation Class“

EFW-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, den 12. März 2020:

„Münsteraner Wochen gegen Rassismus“

Eintritt frei

Halabja-Gedenktag

Montag, 16. März 2020

GfbV-Veranstaltung in Planung

Im kurdischen Dorf Halabja starben am 16. März 1988 ca. 5000 Menschen qualvoll bei dem Giftgasangriff im Rahmen der Anfal-Offensive 1987/88 durch den irakischen Diktator Saddam Hussein. Insgesamt kamen möglicherweise 100.000 Zivilisten bei den Kurden und Aramäern/Assyrern um im Nordirak ums Leben.

Deutsche Unternehmen, unter ihnen die hessischen Unternehmen Pilot Plant und Karl Kolb, hatten damals maßgeblich zum Aufbau der irakischen Giftgasindustrie beigetragen.

Wieviel Bildung braucht das Leben?

Fachveranstaltung zur Bildungsteilhabe der Roma in Münster - Coerde

Mittwoch, 18. März 2020, 12.30 – 17 Uhr

Begegnungszentrum Meerwiese An der Meerwiese 25 48157 Münster

Information und Anmeldung:

Kommunales Integrationszentrum Münster

Klemensstraße 10

48127 Münster

Tel. 0251/ 492-7055,

E-mail: Arnaud@stadt-muenster.de

„Jenny und die vergessenen Roma-Kinder“

EWf-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, den 19. März 2020. 19.30 Uhr

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Eintritt frei

Junges & frisches Engagement im Fairen Handel

Messe & Tagung

Samstag, 21. März 2020, 10 – 16.30 Uhr

Zentrum Christuskirche, Friedrich-Heinrich-Allee 22, 47475 Kamp-Lintfort

Der Faire Handel boomt, junge Menschen gehen für eine bessere Welt auf die Straße und alternative Bewegungen sprießen aus dem Boden. Gleichzeitig fehlt Weltläden oft nicht nur der Nachwuchs, sondern auch der Anschluss an diese neuen Bewegungen. Am 21. März geht es in Kamp-Lintfort in sieben Workshops und Vorträgen deshalb um verschiedenste Fragen zum jungen und frischen Engagement im Fairen Handel. Parallel findet eine Messe statt, bei der anerkannte Fair-Handels-Unternehmen zum Einkaufen und Stöbern einladen und ihre Produktneuheiten vorstellen. Eingeladen sind Aktive im Fairen Handel aus NRW, Veranstalter ist das Netzwerk des Fairen Handels am Niederrhein.

Alle Infos und Anmeldung zu den Workshops unter

www.fair-rhein.de/netzwerktreffen2020

Auf Clownentdeckung in dir selbst

Ein Workshop mit Clown Fidelidad

Samstag bis Sonntag, 21.-22. März 2020

Der berühmte Clown aus Münster vermittelt Wege zur Selbsterkenntnis, er ist übrigens auch ein Freund unsere Menschenrechtsarbeit

Alles Wichtige zum Workshop auf dieser Seite:

<https://clown-fidelidad.de/workshops-fuer-erwachsene/>



EIN WORKSHOP
MIT CLOWN FIDELIDAD:
AUF CLOWNENTDECKUNG IN DIR SELBST!

INTENSIV-WOCHENENDE
AM 21. UND 22. MÄRZ 2020
IN MÜNSTER

ANMELDUNG: [CLOWNFIDELIDAD\(AT\)T-ONLINE.DE](mailto:CLOWNFIDELIDAD(AT)T-ONLINE.DE)
WWW.CLOWN-FIDELIDAD.DE

Menschen werden angemietet, verschlissen und dann entsorgt

Mittwoch, 25. März 2020, 19.30 Uhr

Referent: Pfarrer Peter Kossen

Lesesaal der Stadtbücherei Münster, Alter Steinweg 11, 48143 Münster

„Billig! Billig! Billig!“ hat einen hohen Preis. Den Preis für verramschte Lebensmittel in unserem Land bezahlen Landwirte mit ihrer Existenz, rumänische und bulgarische Arbeitsmigrant*innen mit ihrer Gesundheit und die Natur mit der Artenvielfalt und dem ökologischen Gleichgewicht. Werkverträge und Leiharbeit werden dabei zum Zweck von Lohn- und Sozialdumping hemmungslos missbraucht. Arbeitsmigranten leben in verschimmelten Bruchbuden als Bürger „zweiter Klasse“ und werden dafür noch mit Wuchermieten abgezockt. Sie werden gehandelt wie Ware, behandelt wie Leibeigene und verschlissen wie Gebrauchsgegenstände. Es gibt Alternativen zum Verschleiß von Menschen, Tieren und Umwelt! Jetzt ist die Zeit, in der sich etwas verändert, durch Menschen, die etwas verändern!

Veranstalter: pax christi – Regionalgruppe Münster

„Rosia Montana – Ein Dorf am Abgrund“

EWf-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, den 26. März 2020. 19.30 Uhr

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Eintritt frei

Freiraum für Zivilgesellschaft

Einmischen possible?! Eine Welt braucht Zivilgesellschaft

Eine Welt Landeskonzferenz 2020

Freitag bis Samstag, 27.- 28. März 2020

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Ob in Chile, Hongkong, Äthiopien oder Deutschland - die Menschen sind unterwegs, um auf soziale, politische und ökologische Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und nachhaltige Transformationen zu initiieren. Gleichzeitig beobachten wir weltweit eine zunehmende Einschränkung der Zivilgesellschaft: Verbot von NROs, Restriktionen gegen die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsäußerungsfreiheit, Aberkennung der Gemeinnützigkeit etc. Das Thema "Skinking spaces der Zivilgesellschaft" wird aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet sowie Handlungsoptionen aufgezeigt und ausgearbeitet.

Denn gerade für die aktuellen und zukünftigen Transformationsprozesse der (globalen) Gesellschaft ist ein starkes ziviles Engagement notwendig. Auf der interaktiven Landeskonzferenz werden wir mit Vorträgen, Workshops und Open Spaces diese Themen diskutieren. Gleichzeitig möchten wir breite Bündnisse schließen und bestehende erweitern, Projekte zum Mut- und Mitmachen kennenlernen und verbreiten. Auf der Landeskonzferenz gilt explizit: "Einmischung erwünscht". Wir gestalten die Konferenz im nächsten Jahr mit vielen Open Spaces.

Veranstalter Eine Welt Netz NRW mit Kooperationspartnern

<https://eine-welt-netz-nrw.de/lako/eine-welt-landeskonzferenz-2020/>

Anmeldung nur über www.franz-hitze-haus.de/home/

SDGs in Afrika: Länderfokus Kenia

Samstag, 28. März 2020, 18 – 22 Uhr

Im Neben*an (Cinema), Warendorfer Str. 45, 48145 Münster

Die Afrika Kooperative e. V. feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass plant die Gruppe von Januar bis Mai eine Reihe entwicklungspolitischer Vorträge und Diskussionen zu den globalen Entwicklungszielen (SDGs). Alle Veranstaltungen haben einen deutlichen Bezug zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und richten sich an alle Akteure in Münster und Umgebung, die Interesse oder Beziehungen zu dem jeweiligen Land – oder zu Partnerschaften mit Afrika allgemein – haben oder sich darüber informieren möchten.

Am Ende der Veranstaltungsreihe werden die Ergebnisse der Länderanalysen am Tag der Feierlichkeit zum Jubiläum (Mittwoch, 17. Juni 2020, ab 16.30 Uhr, Rathausfestsaal – Prinzipalmarkt 6-7 – 48143 Münster) vorgestellt.

Die Nacht der Religionen

Nachtexkursion:

Samstag, 28. März 2020, 17.45 – 23.45 Uhr

Treffpunkt: Bremer Platz, Ostausgang Hbf, 48155 Münster

Referentin: Dr. Susanne Eichler

Auch wenn Münster bundesweit als katholische „Hochburg“ bekannt ist – wussten Sie schon, dass hier eine Vielzahl von Einrichtungen anderer Glaubensgemeinschaften existiert?

Wir laden Sie ein zu einer Nacht voller Besinnlichkeit und Überraschungen, einer Nacht der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses. Besuchen Sie ein islamisches Gebetshaus, die Münsteraner Synagoge, ein buddhistisches Meditationszentrum sowie eine Einrichtung der Bahá i-Religion.

Anmeldeschluss: 13.03.2020 bei der VHS Münster

Gebühr: 21,00 €

„The Promise – Die Erinnerung bleibt“

EFW-Filmreihe 2020 „Globaler Süden in Europa?“

Donnerstag, den 2. April 2020, 19.30 Uhr

Volkshochschule, VHS-Aegidiimarkt, Forum 1, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster

Eintritt frei

Genozid-Gedenktag Ruanda

Dienstag, 7. April 2020

Am 6. April 1994 wurde über Kigali, der Hauptstadt Ruandas, das Flugzeug mit Präsident Habyarimana abgeschossen. Tutsi wurden beschuldigt, das Attentat verübt zu haben. Die Präsidentengarde, Milizen und Streitkräfte begannen nach vorbereiteten Todeslisten mit der Ermordung von Oppositionellen, Tutsi wie Hutu, dann aller, die nicht mit der so genannten Hutu-Power sympathisieren. Im ganzen Land begann der Völkermord, dem innerhalb von etwa hundert Tagen etwa eine Million Menschen zum Opfer fallen. Noch nie zuvor wurden bei einem Völkermord in so kurzer Zeit unter Beteiligung so vieler Menschen mit einfachsten Waffen, vor

allem Macheten, so viele Menschen ermordet. Erst mit der Eroberung Kigalis durch die Ruandische Patriotische Front (RPF) am 4. Juli 1994 wurde der Genozid beendet. Die internationale Staatengemeinschaft hat bei diesen furchtbaren Ereignissen völlig versagt. Am 23. Dezember 2003 proklamierte die UNO-Generalversammlung den 7. April zum Internationalen Gedenktag an den Genozid in Ruanda.

Weltromatag

Mittwoch, 8. April 2020

1971 wurde der 8. April zum Welttag der Roma erklärt. An dem Tag wurde in London auf einem Kongress, an dem Roma aus 22 Ländern teilnahmen, die Romani Union gegründet. Als erste weltweite Organisation der Roma wurde sie 1979 von der UNO anerkannt. 1981 organisierte die GfbV den dritten Welt-Roma-Kongress in Göttingen mit Teilnehmern aus 28 Staaten, für den Simon Wiesenthal gemeinsam mit der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi die Schirmherrschaft übernommen hatte.

Der von der International Romani Union für den 8. April ausgerufene Weltromatag soll das öffentliche Bewusstsein für die Situation der größten ethnischen Minderheit in Europa schärfen und Vorurteile durch Begegnungen und interkulturellen Dialog abbauen. Das Datum erinnert an den 1. Weltkongress der Roma 1971, der als Schlüsselereignis in der Emanzipationsgeschichte der Roma gilt.



In Münster-Kinderhaus und anderen Orten wird der Tag feierlich begangen.
Detaillierte Hinweise folgen zeitnah.

Arbeiten ist überall anders – Unterstützung bei Arbeitsintegration

Dienstag, 14. April 2020, 17.30 – 20.30 Uhr

DRK-Haus, Zumsandestraße 25/27, Raum 1.09, 48145 Münster

Workshopleitung: ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für viele ein Indikator für eine gelungene Integration. Doch bei der Arbeitssuche für Menschen mit Migrationsvorgeschichte treffen oft unterschiedliche Vorstellungen über das Bewerbungsverfahren und die Arbeitswelt aufeinander.

In dem Workshop werden die Teilnehmenden dafür sensibilisiert, welche Informationen gegeben werden müssen, damit Menschen mit Migrationsvorgeschichte erfolgreich ein Bewerbungsverfahren durchlaufen und in der Berufswelt ankommen können. Wie stelle ich mich selber dar? Wie muss eine Bewerbungsmappe gestaltet werden? Wie wichtig sind Blickkontakt und ein fester Händedruck bei einem Vorstellungsgespräch? Welche Leistungen sind wichtig? Wie gehe ich mit Kritik um? Wo tauchen häufig Konflikte auf und wie kann mit ihnen umgegangen werden. Auch die Vorstellungen über Berufsfelder in anderen Gesellschaften werden thematisiert.

Anmeldung: andrea.nolden@drk-muenster.de , Tel. 0251/ 37 88 82

Anmeldeschluss: 6.4.2020

Veranstalter DRK Münster / ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.

Tel. 0251/ 37 88 82

Eintritt frei

Klimademo mit Fridays for Future

Freitag, 24. April 2020

Münster Innenstadt

Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker

Freitag bis Sonntag, 24. - 26. April 2020

Geiststr. 7, 37073 Göttingen

Achtung: ab diesem Jahr früherer Termin, nicht mehr im Herbst! Entsprechend werden auch bundesweite Treffen der GfbV-Regionalgruppen angepasst.

Am Freitagabend treffen sich die in den Regionalgruppen Aktiven und an ehrenamtlicher Menschenrechtsarbeit Interessierten zum Erfahrungsaustausch.

www.gfbv.de/de/informieren/termine/

Zum 80. Jahrestag der Ermordung Wilhelm Kusserows

Montag, 27. April 2020, 19 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Thomas Malessa im Gespräch mit Zeitzeugen aus Münster.

Die Familie Kusserow wurde von den Nationalsozialisten wegen ihrer religiösen Überzeugung als Zeugen Jehovas verfolgt.

Eintritt frei

„Antisemi...Was? Reden wir darüber!“

Mittwoch, 29. April 2020, 10 - 16.00 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster



in der Yad Vashem Lectures-Reihe:

Peter Römer (Münster) und Antje Thul (Dorsten)

Das Pilotprojekt „Antisemi...was? Reden wir darüber!“ richtet sich an Schüler*innen ab der Jahrgangsstufe 9 im Raum Westfalen. „Prävention statt Reaktion“ ist der Leitgedanke der aufsuchenden Projektarbeit, denn antisemitismuskritische Bildung sollte nicht erst bei verfestigten Weltbildern ansetzen, sondern kann bereits der Verbreitung von Stereotypen im Alltag und ihrer unbewussten Aufnahme entgegenwirken. In dieser Lecture wird das Projekt vorgestellt und auch hinterfragt, wie die eigene Haltung ist, und wo man in der Schule ansetzen kann bzw. muss.

Eintritt frei

Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise

Montag, 4. Mai. 2020, 20 Uhr

Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde (KSHG), Aula

Frauenstr. 3-7, 48143 Münster

Referent: Thomas Gebauer, Geschäftsführer von Medico International

Austauschtreffen für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe

Donnerstag, 7. Mai 2020, 17.30 – 19.30 Uhr

Gesundheitshaus Münster, Gasselstiege 13, 48159 Münster, Raum 403

Ehrenamtliches Engagement in der Geflüchtetenhilfe ist eine spannende, aber auch komplexe Herausforderung. Ob als Wohnungsnotse/-in, Jobmentor/-in, Sprachpate/-in oder Pate/-in für Kinder und Familien – die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in der Geflüchtetenhilfe sind heute vielfältiger denn je. Aber auch die Anforderungen an die Freiwilligen wachsen stetig. Aus verschiedenen Gründen – seien es gesellschaftliche, strukturelle oder persönliche – stoßen Ehrenamtliche in der Arbeit mit Geflüchteten auch an ihre Grenzen. Austausch und Vernetzung können da förderlich sein.

Bei kleinen arabischen Spezialitäten können die Ehrenamtlichen mit anderen Ehrenamtlichen aus der Geflüchtetenhilfe ins Gespräch kommen, Erfahrungen austauschen, Probleme besprechen und Informationen und Wissen teilen.

Moderation: Lina Kohl, Hamida M. Steinhaus (GGUA Flüchtlingshilfe e.V.)

mit Imbiss

Veranstalter: FreiwilligenAgentur Münster

Tel. 0251/ 492-5970

Anmeldeschluss: 7.5.2020

Eintritt frei

Wirtschaftsethik und Moralökonomik

Ethische Grundlagen unserer Marktwirtschaft

Donnerstag, 7. - 9. Mai 2020

Do ab 10 Uhr

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

- Moral und Marktwirtschaft: Passt das überhaupt zusammen?
- Diskussion aktueller wirtschafts- und unternehmensethischer Fragestellungen
- Seminar für Studierende der Wirtschaftswissenschaften und der Theologie

Referierende:

Prof. Dr. Detlef Aufderheide, Wirtschaftsethiker, Bremen

Dr. Claudius Bachmann, Institut für Christliche Sozialwissenschaften, Universität Münster

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Sozialethikerin, Münster

Prof. Dr. Christian Müller, Wirtschaftswissenschaftler, Münster

<https://www.franz-hitze-haus.de/info/20-216/>

Bundeskongress WeltWeitWissen 2020

mit Bildungsmarkt zum Schwerpunkt Eine Welt und Globalem Lernen

Donnerstag bis Freitag, 7. - 8. Mai 2020

Landessportschule Blankenburg, Bad Blankenburg, Thüringen

www.weltweitwissen2020.eu

Älter werden in anderen Kulturen – Ein interkultureller Vergleich

Dienstag, 12. Mai 2020, 17.30 – 20.30 Uhr

DRK-Haus, Zumsandestraße 25/27, Raum 1.09, 48145 Münster

Workshopleitung: ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.

Der demographische Wandel ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Thema in vielen gesellschaftlichen Bereichen geworden. Im Mittelpunkt dabei stehen z.B. die Fragen, welchen Stellenwert ältere Personen in der Gesellschaft haben, und wer ihre Unterstützung sicherstellen kann. Verfolgt man die Medien und vor allem die Werbung, ist Älterwerden bei uns mit vielen negativen Aspekten verbunden. Doch welchen Stellenwert haben ältere Menschen in anderen Kulturen? Wie werden sie in die Familie eingebunden und welche Funktionen üben sie aufgrund ihrer Erfahrungen in der Gesellschaft aus? Der Workshop gibt Einblicke in das Altern in anderen Kulturen. Anhand von Beispielen wird ein Perspektivenwechsel ermöglicht, der einen Transfer bzgl. des Älterwerdens in einer multikulturellen Gesellschaft zulässt.

Anmeldung: andrea.nolden@drk-muenster.de , Tel. 0251/ 37 88 82

Anmeldeschluss: 5.5.2020

Veranstalter DRK Münster / ESE - Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e.V.

Tel. 0251/ 37 88 82

Eintritt frei

SABRA: Vorstellung des virtuellen Methodenkoffers gegen Antisemitismus

Mittwoch, 27. Mai 2020, 10 - 16.00 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referentinnen: Marina Friemelt/ Clara Petersen (Düsseldorf)

SABRA arbeitet momentan an einem virtuellen Methodenkoffer gegen Antisemitismus, der sich in erster Linie an interessierte Lehrer*innen richtet. Die Themenschwerpunkte dieser Methodensammlung sind Antisemitismus, Judentum bzw. jüdische Identitäten und Israel. Ziel ist es, eine eigene Projektwoche erstellen zu können, um über die Vielfalt jüdischen Lebens aufzuklären, Israel auch jenseits des Nahostkonflikts zu betrachten, demokratisches Bewusstsein zu stärken und qualifiziert gegen Antisemitismus aktiv zu werden. In diesem Workshop wollen wir Interessierte mit der Struktur des Methodenkoffers vertraut machen, indem wir einzelne Methoden gemeinsam mit Ihnen praktisch durchführen und diese in das Konzept des Methodenkoffers bzw. einer exemplarischen Projektwoche einordnen.

Eintritt frei.

Jahrhundertzeuge Ben Ferencz

der Chefankläger der Nürnberger Prozesse und leidenschaftlicher Kämpfer für Gerechtigkeit

Donnerstag, 28. Mai 2020, 19 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referent: Philipp Gut (Zürich)

Über den Mann, der SS-Generäle jagte, Opfer entschädigte und für den Weltfrieden kämpfte.

Eintritt frei

Koordination von Ehrenamtlichen mit Migrations- oder Fluchterfahrung

Mittwoch, 17. Juni 2020, 9.30 – 13 Uhr

Gesundheitshaus Münster, Raum 403, Gasselstiege 13, 48159 Münster,

Immer mehr Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung werden in Münster ehrenamtlich aktiv. Sie engagieren sich in der Alten-, Behinderten-, Kinder- und Jugend- oder auch in der Flüchtlingshilfe. Doch was bedeutet ihr Einsatz für die Organisationen, in denen sie tätig werden? Wie gestaltet sich die Koordination einer heterogenen Gruppe aus Freiwilligen, die sich nicht nur durch individuelle Motive und Einstellungen, sondern zunehmend auch durch verschiedene kulturelle Hintergründe und Sprachkompetenzen unterscheiden? Welche Bedarfe und Möglichkeiten bringen die „neuen“ Ehrenamtlichen mit?

Eine gute Freiwilligenarbeit benötigt auch eine gute Koordination. In diesem Workshop sollen die klassischen Aufgabenfelder der Freiwilligenkoordination mit besonderem Blick auf Ehrenamtliche mit Migrations- oder Fluchterfahrung bearbeitet werden.

Referentin: Lina Kohl

Verpflegung inkl. Mittagsimbiss

Veranstalter: FreiwilligenAgentur Münster

Tel. 02517 492-5970

Anmeldeschluss: 17.6.2020

Eintritt frei

Festakt zu 20 Jahren Afrika Kooperative Münster

Mittwoch, 17. Juni 2020, 16.30 Uhr

Festsaal des Rathauses

Prinzipalmarkt, 48147 Münster

in Planung

Junge Wissenschaft. Abschlussarbeiten in der Diskussion

Donnerstag, 18. Juni 2020, 19 Uhr

Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

1. Rechtsextremismus – kein randständiges Thema!

Referentin: Kathalena Essers (Münster)

Schulbücher haben eine enorm hohe gesellschaftliche Relevanz. In Schulbüchern werden alle vom Kernlehrplan als relevant gesetzten Inhalte aufgeführt und behandelt. Daher eröffnet die Analyse der dort geführten Diskurse eine Perspektive, die über die eigentliche Schulbuchanalyse hinausgeht. Gezielt wird im Vortrag die Darstellung der extremen Rechten fokussiert und rassistisch- sowie extremismuskritisch analysiert. Welche Perspektiven zur Sprache kommen, welche unsichtbar bleiben, welche Leerstellen im Diskurs zu verzeichnen

sind und wie Perspektiven erweitert werden könnten, sind Fragen, die diskutiert werden. Kathalena Essers ist Mitarbeiterin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Münster. Sie studierte Politik und Sozialwissenschaften an der Uni Münster und der Hochschule Düsseldorf. Schon während des Studiums war sie in unterschiedlichen Kontexten politischer Bildung aktiv und hat sich mit Fragen von Rassismuskritischer Bildung auseinandergesetzt.

2. Die Fehlerkultur der Polizei – Der polizeiliche Umgang mit Rassismus und „Racial Profiling“

Referentin: Felicitas Täger (Wuppertal)

Die Polizei ist als Teil der Exekutive und Inhaberin des Gewaltmonopols zu absoluter Neutralität verpflichtet. Zu den polizeilichen Aufgaben gehört es, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, Straftaten zu verhindern bzw. zu verfolgen sowie die Grundrechte der Bürger zu schützen. Dieser scheinbar klare Auftrag wird jedoch aus polizeilichen Strukturen manchmal selber missachtet. In der Vergangenheit fielen Polizeibedienstete in den Medien auf, weil einigen Polizeibeamten rassistisches Gedankengut und diskriminierendes Verhalten vorgeworfen wurde. Der Vortrag setzt sich kritisch mit der polizeilichen Fehlerkultur und dem Umgang mit derartigen Vorwürfen auseinander. Einige Vorschläge für die Verbesserung und Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten/innen sowie der Diskurs zwischen Polizei und Zivilgesellschaft sollen diskutiert werden. Felicitas Täger ist Polizeikommissarin des Polizeipräsidiums Wuppertal. Sie absolvierte ihr duales Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Münster und schrieb ihre Bachelorarbeit unter Betreuung von Peter Römer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Geschichtsortes. In Kooperation mit dem Evangelischen Forum Münster e.V., Gegen Vergessen – Für Demokratie Regionalgruppe Münsterland e.V. und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster e.V.

Eintritt frei

Afrikanischer Markt

zum 20. Afrika Festival Münster 2020

Samstag bis Sonntag, 20. - 21. Juni 2020

Hafenplatz vor den Stadtwerken, 48155 Münster

2. Berichte und Hinweise zur Menschenrechtsarbeit

Arche Noah Münster als Verein gegründet

In Münster gab es wohl noch nie einen von Anspruch und gelebter Wirklichkeit multikulturelleren Verein, der sich zugleich als Lobby für neu Zugewanderte und Geflüchtete einsetzen will und auch als Menschenrechtsorganisation versteht.

Der Vereinsname Arche Noah greift nicht zufällig ein altes religionsübergreifendes Motiv auf, das für Rettung aus existentieller Bedrohung, Überleben und Neuanfang steht. Der interkulturell aufgestellte Verein versteht sich als Anlaufort aller ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen, insbesondere der Angehörigen kleiner und in ihren Herkunftsregionen verfolgter Minderheiten und möchte dazu beitragen, ihre Chancen zur Integration in unser Gemeinwesen zu stärken.

Als Vorsitzender wurde Ismet Nokta gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden Boyka Raeva und Rowaida Tozo, als Schatzmeister Jan Leye. Dem Vorstand gehören zudem Salem Al Ghorani, Jörg Allkemper und Dr. Kajo Schukalla an. Geplant sind bereits erste Begegnungsveranstaltungen in Kooperation mit dem Stadtteilzentrum Bennohaus und der Gesellschaft für bedrohte Völker. Rückenwind für die künftige Arbeit durch Münsters Zivilgesellschaft und Politik sieht Ismet Nokta auch ersten Gesprächen in der Stadtgesellschaft.



**Eine-Welt-Forum Münster hatte geladen – und viele kamen.
Gelungener Neujahrsempfang am Sonntag, den 19. Januar 2020.**

Der EWF-Neujahrsempfang hat sich zu einer schönen Tradition entwickelt. Auch diesmal trafen sich wieder gut 80 Aktive aus den Arbeitsbereichen Eine-Welt, Menschenrechte, Interkultur zum Auftakt des Jahres. Auch in diesem Jahr präsentierten junge Künstlerinnen und Künstler von Cactus Junges Theater unter Leitung von Barbara Kemmler Kostenproben ihres Schaffens. Besonders beeindruckten die syrische Autorin Tuline Jea und der Kabarettist Emanuel Dimbrani, ein junger Roma, der die Wahrnehmung der Roma durch die Mehrheitsbevölkerung aufs Korn nahm. Musik, gutes Essen und reichlich Flüssigkeiten garantierten den perfekten Rahmen.





Holocaust-Gedenktag

Kranzniederlegung in Gedenken an die Opfer der NS-Völkermords am Montag, den 27. Januar am Zwinger an der Promenade.

Den bundesweiten Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus gibt es seit 1996. "Die Erinnerung darf nicht enden, sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen", sagte damals Bundespräsident Roman Herzog. Der Tag erinnert an den 27. Januar 1945, als das Konzentrationslager Auschwitz – genau vor 75 Jahren - von der Roten Armee befreit wurde.

Diesmal schien mir der Kreis der Teilnehmenden besonders groß. Als Vertreter der Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit ist uns die Beteiligung Ehre und moralische Verpflichtung zugleich. KJS





Erfolgreiche Blockaden und Proteste gegen den Neujahrsempfang der AfD

Am Freitag, den 7.2.2020, protestierten bis zu 10.000 Menschen in Münster mit uns gegen den Neujahrsempfang der extrem rechten „Alternative für Deutschland“. Die Gäste der AfD mussten sich ihren Weg durch massive Proteste und Blockaden suchen, kamen nur verspätet oder teils gar nicht an. Wir zeigten währenddessen auf, warum mit uns eine Normalisierung der AfD nicht zu machen ist und welche Gesellschaft wir uns wünschen. Unser komplettes Fazit zum 7.2.2020:
Münster: Bis zu 10.000 Menschen bei Blockaden und Protesten gegen AfD-Neujahrsempfang



Bis zu 10.000 Menschen demonstrierten heute in Münster gegen den Neujahrsempfang der extrem rechten „Alternative für Deutschland“. Zu den Blockaden und Protesten hatte das Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ aus Münster, ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen, politischer Initiativen und Parteien, aufgerufen. Ab 17 Uhr sammelten sich die Protestierenden bei drei Kundgebungen rund um das historische Rathaus der Stadt. Die Eingänge für die Gäste der extrem rechten AfD wurden so blockiert, die Suche nach einem Zugang wurde für die AfD-Anhänger*innen vielfach schwierig und oft nur mit massivem Einsatz der Polizei überhaupt möglich.

„Wir sind sehr zufrieden mit dem Tag“, so Carsten Peters, Pressesprecher des Bündnisses, „Münster hat wieder einmal gezeigt, dass es hier keinen Platz für Rassismus, Menschenverachtung und eine Politik der sozialen Ausgrenzung – also keinen Platz, keinen Raum für die AfD – gibt.“ Auf den Kundgebungen machten mehr als 15 im Bündnis aktive Gruppen in ihren Redebeiträgen deutlich, warum es für sie keine Normalisierung der AfD und ihrer Politik geben kann und darf. Demgegenüber stellten sie ihre Vorstellung von einer Gesellschaft auf Basis von Solidarität und Diversität.

Die Gäste der AfD, unter ihnen die extrem rechte Bloggerin Naomi Seibt aus Münster, wurden

mit spürbarem Protest empfangen. „Unsere Blockaden waren ein Erfolg: Die Gäste der AfD mussten vielfach umkehren oder sich unter massivem Protest von der Polizei einen Weg bahnen lassen“, so Liza Schulze-Boysen, Pressesprecherin des Bündnisses. Für viele Gäste der AfD begann der Neujahrsempfang dementsprechend mit ungeplanten Wartezeiten und deutlicher Verspätung. „Die angestrebte Normalisierung des Neujahrsempfangs ist der AfD auch dieses Mal nicht gelungen“, fasst Schulze-Boysen zusammen, „Im Gegenteil: Je öfter die AfD versucht hier aufzutreten, auf umso mehr Widerstand stößt sie.“

Das Bündnis kündigte unterdessen an, auch zukünftig gegen Veranstaltungen der extrem rechten Partei breite Proteste zu organisieren. „Die AfD wird bei uns weder auf Akzeptanz noch auf Ignoranz treffen, sondern stets auf vehementen Widerspruch“, so Carsten Peters, „Wir werden auch im anstehenden Kommunalwahlkampf gegen die extreme Rechte in Münster aktiv werden!“



<https://keinenmeter.noblogs.org/>





Bilder: Kajo Schukalla

Münsters Welt ist nicht genug

Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit lädt zur Beteiligung an Veranstaltungsreihe ein

Stadt Münster. Pressemitteilung vom 6.2.2020

Münster (SMS) „Münsters Welt ist nicht genug“. Unter dieses Leitmotiv stellt der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit seine entwicklungspolitische Veranstaltungsreihe vom 1. Oktober bis zum 15. November 2020. Er lädt Schulen, Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen zur Mitgestaltung ein. Wer **bis zum 10. April** einen Vorschlag einreicht, kann einen städtischen Zuschuss von bis zu 500 Euro bekommen.

Willkommen sind Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Film- oder Theatervorführungen, Ausstellungen, Expertenanhörungen oder originelle Projektideen. Thematische Überschneidungen werden abgestimmt. Im Mittelpunkt steht die Nummer 11 der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN aus dem Jahr 2015. Demnach sollen Städte und Gemeinden inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig sein. Eine Maßgabe, die in der „Agenda Münster 2030“ verankert ist. Bezahlbarer Wohnraum, Grundversorgung für alle, nachhaltige Verkehrssysteme und die Senkung der Umweltbelastung sind nur einige Ziele.

„Aber der selbstgenügsame Blick auf die eigene Stadt, das eigene Land, den eigenen Kontinent reicht nicht aus, um Lösungen zu finden für die weltweiten Armuts- und Gerechtigkeitsprobleme, die Ressourcenfragen und den beschleunigten Klimawandel“, so Dr. Kajo Schukalla, Vorsitzender des Beirates für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Vielmehr gelte es, globale Zusammenhänge zu erkennen und mit Partnern im globalen Süden Lösungen für eine nachhaltigere Welt zu finden. Im Rahmen der Reihe sollen daher auch über internationale Kontakte von Stadt und Zivilgesellschaft Erfahrungen, Lebenslagen, Konzepte und erfolgreiche Lösungen zum Ziel Nr. 11 vorgestellt werden.

Infos in der Geschäftsstelle des Beirats im Amt für Bürger- und Ratsservice.

Ansprechpartnerin ist Susanne Rietkötter, Tel. 02 51/4 92-33 26, E-Mail rietkoetter@stadt-muenster.de. Ausführliche Informationen im Stadtnetz unter www.stadt-muenster.de/entwicklung .

Quelle: <https://www.muenster.de/stadt/presseservice/pressemeldungen/web/frontend/output/standard/design/standard/page/1/show/1036292>

Wichtiger Nachtrag: Die Veranstaltungsreihe bietet besonders Eine-Welt- und Menschenrechtsgruppen zahlreiche Ansätze zu eigenen Veranstaltungsangeboten. Auf Wunsch unterstütze ich gerne bei der Themenformulierung und auch Referierendensuche.

Kajo Schukalla

Neue Hefte in den Missio-Reihen *Länderberichte Religionsfreiheit und Menschenrechte* erschienen

Länderbericht Religionsfreiheit (Heft 48): Thailand

Hutter, Manfred, Religionsfreiheit: Thailand, in:
Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (Hrsg.)
Länderberichte Religionsfreiheit (Heft 48), Aachen 2020
Redaktion: Katja Nikles
ISSN 2193-4339

Die zum Teil höchst gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten „Rothemden“ und „Gelbhemden“ im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, der Tsunami mit den zahlreichen Todesopfern am zweiten Weihnachtsfeiertag 2004, der Militärputsch vom 22. Mai 2014, der Tod des sieben Jahrzehnte regierenden Königs Rama IX. Bhumipol am 13. Oktober 2016 und die Krönungsfeierlichkeiten für seinen Sohn und Nachfolger als Rama X. Maha Wachiralongkon im Mai 2019 haben das südostasiatische Königreich in diesem Jahrhundert mehrfach in die europäische Nachrichtenwelt gebracht. Als Urlaubsparadies und Tourismusziel hat das Land im Jahr 2017 rund 850.000 Besucher aus Deutschland angezogen – mit steigender Tendenz.

Der Buddhismus – verbunden mit lokaler Volksreligiosität, die teilweise vorbuddhistische Wurzeln hat – prägt seit langem die Kultur des Landes und ist eine der tragenden Säulen der nationalen Ideologie. Er hat eine bevorzugte Stellung gegenüber anderen Religionen inne und prägt trotz Säkularisierungstendenzen immer noch maßgeblich den gesellschaftlichen Alltag. Für das Christentum und den Islam hat dies zur Folge, dass beide Religionen unter ethnischen Thai kaum Fuß fassen können. Die buddhistische Religionszugehörigkeit gilt für viele Thai weiter als nicht zu hinterfragendes Identitätsmerkmal. Diese Situation bringt mit sich, dass christliche Kirchen fast nur jene Bevölkerungsgruppen im Land erfolgreich erreichen, die außerhalb der „Thai-Elite“ stehen, und dass der Islam hauptsächlich unter der malaiischen Bevölkerung des Landes verbreitet ist.

Durch dieses „Nebeneinander“ der Religionen sind massive Beschränkungen der Religionsfreiheit kaum zu beklagen. Da aber der Buddhismus allgegenwärtig ist und die Thai andere Religionen als Fremdkörper im Land empfinden, kommt es gelegentlich zu

Versuchen, dem Buddhismus eine rechtliche Sonderstellung oder „positiv diskriminierende“ Behandlung einzuräumen, was auf Kosten anderer Religionsgemeinschaften geht. Das Verhältnis zwischen Buddhismus und Islam ist durch die ethnischen Konflikte im Süden des Landes, wo eine muslimisch-malaische Bevölkerung die Mehrheit bildet, zwar angespannt, dies führt aber bislang nicht zu einer grundlegenden Einschränkung der Religionsfreiheit für Muslime.

Länderbericht Religionsfreiheit (Heft 47): Kasachstan

Helm, Thomas, Religionsfreiheit: Kasachstan, in:
Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V./
Renovabis e.V. (HRsg.)
Länderberichte Religionsfreiheit (Heft 47), Aachen 2020
ISSN 2193-4339

Kasachstan ist ein Land der Gegensätze. Das flächenmäßig neuntgrößte Land der Erde war essentieller Bestandteil der alten Seidenstraße und ist auch heute noch zentrales Bindeglied zwischen Europa und Asien. Das wirtschaftliche Wachstum – in erster Linie bedingt durch die fossilen Ressourcen – zeigt sich beispielsweise an Astana, das seit 1997 die Hauptstadt des Landes ist. Die moderne Metropole mit Hochhäusern, Parks und zahlreichen Einkaufszentren steht im Kontrast zu der un bebauten weiten Steppenlandschaft Kasachstans.

In der zentralasiatischen Republik leben nicht nur mehr als hundert verschiedene ethnische Gruppen, sondern auch verschiedene Religionsgemeinschaften ohne größere Konflikte zusammen; die muslimische Bevölkerung stellt dabei die Mehrheit dar. Die 2006 eröffnete „Pyramide des Friedens und der Eintracht“ in der Hauptstadt Astana (2019 in Nur-Sultan umbenannt) soll diese ethnische und religiöse Diversität symbolisieren. Mit dem seit 2003 alle drei Jahre stattfindenden Kongress der Weltreligionen versucht Kasachstan, einen Dialog zwischen Religionsgruppen zu initiieren, um damit Lösungsansätze für globale Fragen zu erörtern. Auch die kasachische Verfassung verweist auf soziale Harmonie und politische Stabilität.

Obwohl die Rahmenbedingungen für die freie Religionsausübung gegeben sind, entstehen regelmäßig Konflikte. Durch vereinzelte islamistische Terroranschläge vornehmlich in den Großstädten des Landes wird die Diskussion über Religionsfreiheit immer wieder angestoßen. Auf die Anschläge im Jahr 2011 folgten beispielsweise Gesetze, die eine verbesserte Sicherheitslage gewährleisten und der Bevölkerung Schutz vor religiösem Extremismus bieten sollten. Jedoch werden die Bestimmungen realpolitisch so ausgelegt, dass es zu Einschränkungen der Religionsfreiheit kommt. Insbesondere kleinere religiöse Gruppierungen, die nicht über einen breiten organisatorischen Rahmen verfügen, sind von diesen Gesetzen betroffen. Sie befürchten, ihre Registrierung zu verlieren. Ohne die Registrierung als offiziell anerkannte Religion des Staates folgen weitere Konsequenzen, welche die religiösen Praktiken einschränken, verbieten oder unter Strafe stellen. So entsteht zunehmend eine Kluft zwischen der weitreichend säkularen Regierung und der Bevölkerung, die vorwiegend religiös geprägt ist. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, einen befriedigenden Ausgleich zwischen den Sicherheitsinteressen des Staates und den Bedürfnissen eines wachsenden Teils der Bevölkerung herzustellen, die den jeweiligen Glauben leben möchte.

Länderbericht Religionsfreiheit (Heft 46): Tschad

Naortangar, Rodrigue M./Wayna, Souk Allag,
Religionsfreiheit: Tschad, in:
Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (Hrsg.)
Länderberichte Religionsfreiheit (Heft 46), Aachen 2020
Redaktion: Katja Nikles
ISSN 2193-4339

Im Tschad überlagern sich verschiedene regionale Krisen. Das zentralafrikanische Land sieht sich mit religiösem Fundamentalismus, mit Hunderttausenden Flüchtlingen und mit einer in der gesamten Sahelzone herrschenden Dürre konfrontiert. Zugleich ist die wirtschaftliche Lage im Land äußerst angespannt. Die Korruption der politischen Klasse, die ungleiche Verteilung des Einkommens unter der Bevölkerung und soziale Ungerechtigkeiten, die vom Regime begünstigt werden, sind strukturelle Gründe für die prekären Lebensbedingungen. Wiederkehrende Sparmaßnahmen der Regierung sorgen regelmäßig für eine Kürzung der Gehälter. Das führt immer wieder zu landesweiten Streiks, die – wie 2018 geschehen – das staatliche Bildungssystem des Landes für viele Wochen lahmlegen können.

Nicht nur für Christen, sondern für Angehörige aller Religionsgemeinschaften im Tschad stellt sich die Frage, wie sie ihr gesellschaftliches und soziales Engagement und ihren Glauben leben sowie Frieden und Verständigung fördern können.

Im Tschad leben etwa 57 Prozent Muslime und 36 Prozent Christen, die auf eine schwierige gemeinsame Geschichte zurückblicken. Politische Spannungen hatten im Jahr 1979 einen blutigen Krieg ausgelöst, der als konfessionell motiviert interpretiert wurde und zu einer Spaltung zwischen dem mehrheitlich muslimischen Norden und dem christlichen Süden des Landes führte. In dieser blutigen Geschichte gründet das tiefe Misstrauen zwischen nordstämmigen und südstämmigen Tschadern.

Umso wichtiger ist es, dass die Menschen im Tschad den interreligiösen Dialog suchen und sich gemeinsam dafür einsetzen, dass Religion nicht politisch instrumentalisiert wird. Die Verfassung des Tschad bietet den notwendigen Rahmen dafür, indem sie die Trennung von Staat und Religion festschreibt. In der Praxis hält sich die Regierung jedoch nicht konsequent an dieses Prinzip. Verschiedene Ereignisse bieten Anlass zu der Sorge, die Regierung könnte die Islamisierung und Arabisierung des Landes vorantreiben.

Quelle, Downloads und kostenfreier Bezug sowie weitere Hinweise unter:
<https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/laenderberichte-religionsfreiheit/>

Bitte ansehen: ein kurzer **Videobeitrag** zum Thema **Religionsfreiheit**

<https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/>

**Reihe Menschenrechte (Heft 74):
Religion, Gewalt und Frieden in Mali**

Aktuell | Studie Nr. 74: „Religion, Gewalt und Frieden in Mali“
Religion und Gewalt: Fallstudie Mali

Lado, Ludovic, Glode, Boris, Religion, Gewalt und Frieden in Mali, in:
Internationales Katholisches Missionswerk missio e.V. (Hrsg.)
Human Rights – Droits de l’Homme – Menschenrechte (Heft 74), Aachen 2019
Redaktion: Marco Moerschbacher
ISSN 1618-6222

Im Rahmen des Forschungsprojekts über das Verhältnis von Religion und Gewalt » legt missio die vierte Studie zu Konflikten in ausgewählten Ländern Afrikas vor. Fokussiert wird die Situation in Mali, wo seit dem im Jahr 2012 erfolgten Militärputsch ein Krieg herrscht, der das Land teilt, der Attentate und die Zerstörung von Kulturstätten wie Timbuktu mit sich bringt und zu einem aufwändigen und verlustreichen Militäreinsatz der Vereinten Nationen (MINUSMA) geführt hat, an dem auch etwa 1000 deutsche Soldaten beteiligt sind.

Aus dem Kontext Mali, in dem sich eine wachsende Radikalisierung insbesondere muslimischer Gruppen beobachten lässt, ergeben sich spezifische Aspekte und Herausforderungen. Im Zuge der Destabilisierung der Region durch den Sturz der Regierung Gaddafi in Libyen sind bestehende Rebellengruppen gestärkt worden und neue; hinzugekommen. Es zeigt sich die große Sprengkraft des Konflikts zwischen zwei rivalisierenden Tendenzen im Islam. Im Gegensatz zum fundamentalistischen „Reformislam“ erweist sich der „traditionelle“ afrikanische; Islam mit seinem hohen Assimilierungspotential als der geeignete Partner für den interreligiösen Dialog, der von christlich-katholischer Seite grundgelegt wurde und weiter zu fördern ist.

Die vorliegende Studie ist in Zusammenarbeit mit dem „Centre de Recherche et d’Action pour la Paix“ (CERAP) mit Sitz in Abidjan entstanden, an dem die Autoren tätig sind. Diese haben vor Ort mit der katholischen Universität von Westafrika in Bamako sowie mit dem „Institut de formation islamo-chrétienne“ (IFIC), ebenfalls in Bamako, zusammengearbeitet. Allen Beteiligten, insbesondere den Autoren Ludovic Lado und Boris Glode, sei an dieser Stelle für ihr Engagement gedankt.

Mit der Veröffentlichung der Studie leistet missio einen Beitrag dazu, auf die Situation in Mali aufmerksam zu machen und dabei insbesondere das friedensstiftende Potential des interreligiösen Dialogs in den Blick zu nehmen. Diesem Dialog weiß sich missio sowohl in seiner Menschenrechtsarbeit als auch in seiner Förderung von Projekten in Mali und in Afrika insgesamt verpflichtet.

Quelle: <https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/menschenrechtsstudien/>

Brasilien: Hälfte der indigenen Völker von Bergbauprojekten bedroht

Zum ersten Mal ist das volle Ausmaß sichtbar geworden, in dem Pläne von Bergbauunternehmen Auswirkungen auf isoliert lebende Völker haben. Mehr als die Hälfte dieser Völker ist laut eines brasilianischen Instituts von Bergbauprojekten bedroht.

Nach aktuellem Stand haben Bergbauunternehmen in Brasilien 3.773 Anträge gestellt, um Bergbautätigkeiten aufzunehmen. Vorrangig geht es um die Suche nach und den Abbau von Gold bzw. anderen wertvollen Rohstoffen. Das geht aus Daten des Instituto Socioambiental (ISA), einer Organisation der brasilianischen Zivilgesellschaft, sowie der staatlichen Agência Nacional de Mineração hervor. Von den Anträgen betreffen 31 indigene Gebiete und 17 Naturschutzgebiete. Hier werden offiziell 71 isoliert lebende indigene Völker vermutet. Damit ist mehr als die Hälfte der laut ISA 120 isoliert im Amazonasgebiet lebenden indigenen Völker vom Bergbau bedroht.

Indigenenbehörde Funai wurden staatliche Mittel gekürzt

Verschärfend kommt hinzu, dass die Regierung Bolsonaro die Mittel für die Indigenenbehörde Funai drastisch gekürzt hat und die Organisation zehn Gebiete mit isoliert lebenden Indigenen derzeit nicht mehr überwachen kann. Auch für den illegalen Bergbau ist es somit noch leichter, in die indigenen Gebiete vorzudringen. Der Bericht des Indigenenmissionsrates Cimi spricht für 2019 von 160 Fällen, in denen Konzerne in indigenes Gebiet eingedrungen sind. Im vergangenen Jahr waren es 111.

Quelle: <https://www.adveniat.de/informieren/aktuelles/isoliert-lebende-indigene-voelker-bedroht/>

Bolsonaro startet Angriff auf indigene Gebiete

Seit langem warnen Beobachter vor einer Auflösung der indigenen Schutzgebiete in Brasilien. Eine Gesetzesinitiative von Präsident Bolsonaro könnte nun zum Sargnagel werden. Es geht um Milliardenprofite.

Brasiliens rechtspopulistischer Präsident Jair Messias Bolsonaro hat eine Gesetzesinitiative zur wirtschaftlichen Ausbeutung indigener Gebiete gestartet. Damit soll Artikel 231 der Verfassung von 1988 genauer definiert werden. Das heißt konkret: die wissenschaftliche Erforschung, den Abbau von Rohstoffen sowie die Erzeugung von Energie in den Reservaten zuzulassen. Dies könnte der seit langem erwartete Schritt hin zur Auflösung der indigenen Gebiete sein, befürchten Bolsonaros Kritiker.

Die von Indigenen bewohnten Gebiete in Brasilien, zusammen rund 13 Prozent des Staatsgebietes, sind bisher geschützt. Nur den dort lebenden Völkern ist es gestattet, das Gebiet wirtschaftlich zu nutzen. Jedoch kommt es immer wieder zu Gebietsverletzungen durch Farmer, die dort ihr Vieh grasen lassen, sowie durch illegale Goldsucher und Jäger. Nach Bolsonaros Willen sollen dort demnächst die Goldförderung, der Bergbau, die Förderung von Öl und Gas sowie die Gewinnung von Strom durch Wasserkraft ganz legal möglich sein. Es geht um Milliardengewinne und aus Sicht der Befürworter um Brasiliens Sprung in die Oberliga der globalen Wirtschaftsmächte.

Bereits im Wahlkampf 2018 hatte Bolsonaro, der sowohl von Farmern als auch von den Goldgräber-Vereinigungen unterstützt wurde, die Öffnung der Gebiete angekündigt. Keinen Zentimeter Boden werde er den Indigenen mehr geben, versprach der Ex-Militär damals. Am Mittwoch bezeichnete er die Indigenen anlässlich der Verkündung der Gesetzesinitiative in Brasilia als "Menschen wie wir, Brasilianer wie wir". Sie würden an den Gewinnen aus der Ausbeutung beteiligt werden, versprach Bolsonaro.
Jetzt spenden!

Für den Lebensraum der indigenen Völker im Amazonas.

Der Präsident holte dabei auch zum Rundumschlag gegen Umweltschützer aus. Am liebsten würde er diese in Amazonien "einsperren", erklärte Bolsonaro mit einem Lächeln: Dann würden sie endlich nicht mehr stören. Bereits in der Vergangenheit war Bolsonaro durch Beschimpfungen von Umweltaktivisten aufgefallen. So hatte er die Organisation WWF sowie den für sein Umwelt-Engagement bekannten Hollywood-Star Leonardo DiCaprio vor einigen Wochen beschuldigt, für die Brände im Amazonaswald verantwortlich zu sein.

Bolsonaros Kabinettschef Onyx Lorenzoni bezeichnete die Gesetzesinitiative zur Öffnung der Reservate derweil als "zweites goldenes Gesetz" - also eine zweite Befreiung aus der Sklaverei, in Anspielung auf das "Goldene Gesetz" von 1888, das dieses Unrecht in Brasilien zumindest theoretisch beendete. "Ab jetzt haben die indigenen Völker die Freiheit, zu entscheiden", so Lorenzoni. "Nun kann man Bergbau betreiben, Energie erzeugen, Öl und Gas fördern und die indigenen Felder bestellen."

Derweil kündigte der Direktor des katholischen Indigenen-Missionsrates Cimi, Antonio Eduardo Oliveira, Widerstand gegen Bolsonaros Pläne an. Man werde in der Gesellschaft Druck ausüben, um die Gesetzesinitiative zu stoppen und "in diesem dunklen Moment der Geschichte unseres Landes siegen". Noch ist unklar, wie der Kongress Bolsonaros Pläne aufnehmen wird. Eine 2019 durchgeführte Umfrage hatte jedenfalls ergeben, dass 86 Prozent der Bevölkerung gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Indigenen-Gebiete sind, die vor allem privaten Unternehmen zugutekommen dürfte.

Bereits am Montag hatte Bolsonaro eine weitere umstrittene Entscheidung getroffen.

So ernannte er den Anthropologen Ricardo Lopes Dias zum Leiter der Abteilung für unkontaktierte Völker in der Indigenen-Behörde Funai. Dias war zuvor über zehn Jahre lang aktives Mitglied der New Tribes Mission (NTM) gewesen, einer evangelikalen Missionsbewegung, die ihren Fokus auf isoliert lebende Völker richtet. Der NTM wird vorgeworfen, ihre Evangelisierungsarbeit auch gegen den Willen der Betroffenen voranzutreiben. Zudem sollen durch die Missionare in der Vergangenheit Krankheiten bei den Völkern eingeschleppt worden sein. Indigene Vereinigungen hatten vergeblich gegen die Ernennung von Dias protestiert.

Text: KNA/Thomas Milz

Quelle: <https://www.adveniat.de/informieren/aktuelles/bolsonaro-startet-angriff-auf-indigene-gebiete/>

Nachtrag zur Weihnachtsaktion für die verschleppten Yezidinnen!

Wir freuen uns berichten zu können, dass wir am vergangenen Montag die Fotos, die uns im Rahmen unserer Weihnachtsaktion „Ein Licht für verschleppte Yezidinnen“ zugeschickt wurden, im Auswärtigen Amt übergeben haben. Wir haben alle Bilder in einem Fotobuch zusammengefasst. Dabei sind auf vielen Seiten sehr eindringliche Collagen entstanden, die unsere Botschaft sehr gut widerspiegeln.

„Das ist eine ganz wichtige Initiative. Das schreckliche Schicksal der verschleppten Yezidinnen darf nicht vergessen werden“, sagte Dr. Bärbel Kofler, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, bei der Übergabe des Buches mit Ihren und

Euren Fotos.

Sie gehören zu den mehr als 1000 Menschen, die sich an unserer Aktion beteiligt und so ihr tiefes Mitgefühl mit den Betroffenen ausgedrückt haben. Sie haben der yezidischen Gemeinschaft hier in Deutschland und weltweit so aber auch gezeigt, dass sie mit ihren Sorgen um die Verschleppten und ihre Kinder nicht alleingelassen werden. Dafür nochmal ein großes Dankeschön vom gesamten GfbV-Team!

Natürlich ist unsere Arbeit damit nicht getan. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die verschleppten Yezidinnen und ihre Kinder freigelassen werden. Wir freuen uns über eine Spende oder Ihre dauerhafte Unterstützung für unsere Menschenrechtsarbeit, damit wir uns auch in Zukunft wirksam für bedrohte ethnische und religiöse Gemeinschaften einsetzen können.

Daniel Matt, Referent für Kampagnen und Regionalgruppen

Übergabe Fotobuch Bärbel Kofler



Foto: GfbV-Direktor Ulrich Delius übergibt im Auswärtigen Amt die gesammelten Fotos der Unterstützer*innen unserer Weihnachtsaktion an Dr. Bärbel Kofler.



Menschenrechte kurz erklärt

Knackige Videobeiträge, Erklärfilme für junge Leute zum Thema Menschenrechte

<https://www.youtube.com/watch?v=T1VXkO3RrBs>

<https://www.youtube.com/watch?v=12uKuORCyBM>

<https://www.youtube.com/watch?v=r-hruRjqZEE>

<https://www.youtube.com/watch?v=-3Rbtn9oWKw>

Münster und Monastir aktive Klima-Partner

Städte- und kommunale Projektpartnerschaften bieten auch Ansatzpunkte zu Menschenrechtsdialog und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie gemeinsamer Nachhaltigkeitspolitik.

***Klimapartnerschaften**, wie die zwischen Münster und der tunesischen Partnerstadt Monastir vereinbart und weiter auch vom städtischen Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit begleitet, sind ein wichtiges Instrument.*

Gründung und erster Austausch der Steuerungsgruppe /

Viele Schnittmengen beim Klimaschutz

Pressemitteilung der Stadt Münster vom 24.1.2020

Münster (SMS) Die im vergangenen Jahr besiegelte Klimapartnerschaft zwischen Münster und der tunesischen Partnerstadt Monastir wird von beiden Partnern sehr aktiv gelebt. Jetzt traf sich die hochkarätig besetzte Steuerungsgruppe zu Gründung und zum ersten Austausch. Ihre Aufgabe ist es, die Kernziele der Klimapartnerschaft abzustimmen sowie den strategischen Prozess zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes bis Mai 2021 und den langfristigen Prozess der Umsetzung zu lenken. Oberbürgermeister Markus Lewe betonte in seiner Begrüßung die Bedeutung der Partnerschaft und die vielen Ansatzpunkte für eine intensivere Kooperation zum Schutz des Klimas.

Im Fokus der ersten Sitzung stand der Expertenbesuch im August 2019 in Monastir. [...]

Starkregen, Überschwemmungen und extreme Trockenheit prägen die Küstenstadt. Eine Klimakonferenz dort hat eine vollständige Vermessung der Stadt nebst Dokumentation von Niederschlägen, Erosion und Überschwemmungen in die Wege geleitet. Sie ergab viele Parallelen zu den Herausforderungen für das Amt für Mobilität und Tiefbau nach den sintflutartigen Regenfällen in Münster im Juli 2014. Mit wachsendem Bevölkerungsdruck und der natürlichen Grenze der Halbinsel durch Meer und Salinen steht Monastir vor der Herausforderung, eine Strategie zur Nachverdichtung zu entwickeln die Klimaaspekte berücksichtigt. Hier sehen die Experten beider Kommunen vielfältige Schnittpunkte für einen Wissensaustausch. Münster könne gerade in Zeiten zunehmend heißer Sommer sehr vom tunesischen Know-How profitieren, etwa durch angepasste Bauweisen, Farb- und Materialwahl bei Gebäuden.

Bei der Begehung der Abfalldeponien, des Fuhrparks der städtischen Abfallentsorgung sowie bei Vorstellung der Abfallkonzepte beider Städte wurde schnell klar, dass akuter Handlungs- und Austauschbedarf in Monastir besteht. So wurde vereinbart, Monastir bei zwei Pilotvorhaben zur Einführung eines Mülltrennungssystems und eines Recyclinghofes mit Wissen zu unterstützen.

Themen wie Resilienz gegen Starkregen, nachhaltige Stadtplanung und Energie-Effizienz oder Abfallwirtschaft wurden beim Aufenthalt in Monastir vertieft. In der Steuerungsgruppe einigte man sich auf konkrete Kooperationen auf Augenhöhe. Unter Moderation des Leiters des Amtes für Bürger- und Ratsservice, Jürgen Kupferschmidt, wurden noch viele weitere Themen für die Bearbeitungsliste und Projektarbeit angesprochen.

In der Steuerungsgruppe sind kommunale Experten der Abfallwirtschaft, Fachleute, die sich mit Starkregenereignissen, extremer Trockenheit und nachhaltiger Stadtentwicklung auskennen, sowie Vertreter der Ratsfraktionen, Universität, Fachhochschule, des Beirates für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, des Freundeskreises Münster-Monastir e.V. und des Overberg-Kollegs mit seiner Schulpartnerschaft in Monastir vertreten. Koordiniert und moderiert wird die Arbeit durch das Amt für Bürger- und Ratservice.

Das Gesamtprojekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ wird organisiert und finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über Engagement Global und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW.



Foto: Oberbürgermeister Markus Lewe (Mitte) begrüßte die Steuerungsgruppe „Kommunale Klimapartnerschaft Münster – Monastir“ zu ihrem ersten Expertengespräch im Stadtweinhaus. Presseamt Münster.

Quelle und zum vollständigen Text:

<https://www.muenster.de/stadt/pressteservice/pressemeldungen/web/frontend/output/standard/design/standard/page/2/show/1035462>

3. Ausgewählte Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Sudan will früheren Diktator Bashir an Internationalen Strafgerichtshof überstellen
GfbV-Pressemitteilung vom 11.2.2020

"Der Mann ist ein Massenmörder, der Millionen Menschenleben auf dem Gewissen hat und zahllose Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hat", erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius. Bild: Sebastian Baryli via Flickr (CC BY 2.0)

--- Göttingen, den 11. Februar 2020 ---- Als



"wichtigen Meilenstein im weltweiten Kampf gegen Straflosigkeit" hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die angekündigte Überstellung des früheren sudanesischen Diktators Omar Hassan al Bashir an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bezeichnet. "Der Mann ist ein Massenmörder, der Millionen Menschenleben auf dem Gewissen hat und zahllose Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hat", erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. Sein Sturz im April 2019 sei im Sudan als Befreiung empfunden worden. Doch es sei der Makel geblieben, dass er von der sudanesischen Justiz bislang nur wegen Korruption und dem gewaltsamen Tod einiger Demonstrierender belangt wurde. Nun könne es endlich Gerechtigkeit für Millionen Opfer von Gewalt, Krieg und Flucht geben.

Sudans Machthaber kündigten heute an, Bashir an den IStGH überstellen zu wollen. Das Schicksal Bashirs ist im Sudan heftig umstritten. Während Teile der Zivilgesellschaft seine Auslieferung an Den Haag forderten, lehnten Armee und Sicherheitsapparat entsprechende Vorstöße kategorisch ab. "Die heutige Entscheidung wird den Sudan vor eine Zerreißprobe stellen und den ohnehin hohen Druck auf die demokratischen Kräfte weiter verstärken", warnte Delius.

Bashir wird vom IStGH unter anderem wegen Völkermord in Darfur seit Jahren mit internationalem Haftbefehl gesucht. Vor mehr als einem Jahrzehnt hatten die Vereinten Nationen beim Stand von rund 400.000 Opfern in Darfur aufgehört, die Toten zu zählen. Doch die tatsächliche Opferzahl sei sicherlich deutlich höher. Auch im Südsudan und in den Nuba-Bergen habe er unsagbare Verbrechen verüben lassen, für die bislang niemand zur Rechenschaft gezogen worden sei. Auch habe Bashir die systematische Aushungerung der Zivilbevölkerung und den Einsatz von Vergewaltigung als Kriegswaffe zu verantworten.

"Deutschland hat zwar den weltweiten Kampf gegen Straflosigkeit zum Leitspruch seiner Außenpolitik erklärt, doch in den letzten Jahren wenig unternommen, um diesen Massenmörder zur Rechenschaft zu ziehen", erklärte Delius. Stattdessen habe man sich des Diktators bedient, um Europa vor Geflüchteten abzuschotten. Es sei das Verdienst der demokratischen Zivilgesellschaft im Sudan, dass es nun endlich eine Chance für Gerechtigkeit gebe.

Für Trumps Grenzmauer

Indigener Friedhof gesprengt

GfbV-Pressemitteilung vom 11.2.2020

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verurteilt die Sprengung einer indigenen Begräbnisstätte im US-Bundesstaat Arizona. Medienberichten zufolge haben Baufirmen mit der Zerstörung des Grabhügels Monument Hill im Biosphärenreservat Organ Pipe Cactus National Monument begonnen. Sie wollen Platz für die Grenzmauer zu Mexiko schaffen. „Es ist wenig überraschend, dass Präsident Trump für seine rassistische Grenzmauer auch indigene Rechte mit Füßen tritt“, bemerkt Yvonne Bangert, GfbV-Referentin für indigene Völker. „Schockierend ist es natürlich trotzdem, zumal die betroffenen Völker offenbar nicht konsultiert oder in die Planungen mit einbezogen wurden.“

Monument Hill liegt auf dem Land der Tohono O’odham Nation. Früher wurden dort Gefallene rivalisierender Völker beigesetzt, die in kriegerischen Auseinandersetzungen getötet wurden. Eigentlich ist indigenes Land in den USA durch Bundesgesetze

besonders geschützt. Mit dem REAL ID Act von 2005 kann der Präsident allerdings die Anwendung einzelner Gesetze willkürlich aussetzen, wenn er meint, sie würden die nationale Sicherheit gefährden.

Neben Indigenen prangern auch Engagierte für den Umweltschutz Zerstörungen auf dem Gebiet des Biosphärenreservates an. Ein interner Report des National Park Service warnt laut Medienberichten zudem vor der Zerstörung von 22 archäologischen Stätten.

Mehr Informationen dazu gibt es auf unserem Blog:

<https://gfbvblog.wordpress.com/indigener-widerstand-gegen-trump/mauer-oder-doch-keine-mauer-native-americans-bestimmen/>

Doppelschlag gegen brasilianische Indigene Raubbau in Schutzgebieten, Missionar im Amt *GfbV-Pressemitteilung vom 6.2.2020*

Brasiliens Präsident Bolsonaro beginnt sein zweites Amtsjahr mit einem doppelten Angriff auf die indigene Bevölkerung des Landes. Am gestrigen Mittwoch gab er bekannt, der ehemalige Missionar Ricardo Lopes Dias werde künftig für die isoliert lebenden Völker im Amazonas zuständig. Kurz darauf unterzeichnete Bolsonaro einen Gesetzesentwurf zur Öffnung indigener Schutzgebiete für Bergbau und Stromerzeugung.

„Indigene und auch Umweltschutzorganisationen in Brasilien kämpfen gegen dieses Gesetz, seit die Pläne im vergangenen Jahr bekannt wurden“, erklärt Regina Sonk, Referentin für indigene Völker bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Wenn es wie geplant in Kraft tritt, werden Abholzung der Wälder und Vergiftung der Flüsse völlig legal ungeahnte Ausmaße annehmen – zum Schaden der Natur und der indigenen Bevölkerung im Amazonas.“ Der Gesetzesentwurf soll noch diese Woche in den Nationalkongress eingebracht werden. Dort muss er von der Kammer und im Senats gebilligt werden, bevor er vom Präsidenten genehmigt wird. Dieser bezeichnete den Gesetzestext als einen Traum, ein altes Versprechen, indigene Reservate für den Bergbau freizugeben.

Die Ernennung von Ricardo Lopes Dias am selben Tag betrachtet die GfbV mit großer Sorge. Über zehn Jahre hatte er mit der Organisation Missão Novas Tribus do Brasil (MNTB) freiwillig isoliert lebende indigene Völker im brasilianischen Amazonas zu missionieren versucht. „Diese Personalie entspricht ganz den Vorlieben Jair Bolsonaros“, erläutert Sonk. „Die Bedeutung dieser Ernennung ist klar: Sie wertet indigene Rechte ab, provoziert und diffamiert. Sie bedeutet eine institutionelle Schwächung der FUNAI, ähnlich wie sie auch andere Behörden zum Schutz indigener Rechte, IBAMA und SESA erfahren haben.“

Viele der heute kontaktierten indigenen Völker lebten noch vor Generationen isoliert. Ihre Familien hatten in der Vergangenheit unter dem erzwungenen Kontakt von Missionaren gelitten. Indigene wurden manipuliert, unter Druck gesetzt, in andere Gebiete umgesiedelt, mit Krankheiten infiziert. Viele von ihnen starben. Durch Kolonisierung und Missionierung sank die Zahl der Indigenen in Brasilien von ehemals fünf Millionen auf unter eine Million.

Mit der Berufung von Lopes Dias setzt Bolsonaro seine Agenda zur Schwächung indigener Rechte fort. „Dieses aggressive Vorgehen gegen Indigene übertritt rote Linien“,

fasst Sonk zusammen. „Es fällt schwer, hier nicht von kulturellem Genozid zu sprechen.“ Bolsonaro bediene sich aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel, Indigene zu attackieren, rassistisch zu diffamieren und ihrer Rechte zu berauben.

Siemens: Aboriginal People widersprechen Kaeser Aboriginal People haben Adani-Projekt nicht zugestimmt und entsenden Vertreter nach München

GfbV-Pressemitteilung vom 3.2.2020

Die Aboriginal People haben gegenüber der Menschenrechtsorganisation angekündigt, einen Vertreter zu den Protesten während der Siemens-Hauptversammlung in München am kommenden Mittwoch zu entsenden. Foto: Joe Kaeser während des Fortune Global Forum 2015. FORTUNE Global Forum via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Australische Aboriginal People haben der Darstellung von Siemens-Chef Joe Kaeser widersprochen, dass sie dem Bau der umstrittenen Carmichael Kohle-Mine des indischen Adani-Konzerns zugestimmt hätten. Darauf hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag hingewiesen. In einem vierseitigen Brief vom 1. Februar 2020, der der Menschenrechtsorganisation vorliegt, werfen die Indigenen dem Münchener Unternehmen vor, ihre Menschenrechte zu missachten und öffentlich irreführende Erklärungen ohne Rücksprache mit den Betroffenen abzugeben.

„Wer sich wie Siemens in seinen Konzern-Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verschrieben hat, sollte sie auch im Alltag umsetzen und die Kritik Betroffener nicht ignorieren“, betonte der GfbV-Direktor Ulrich Delius in Göttingen. Die GfbV macht seit Wochen auf die Kritik der indigenen Wangan und Jagalingou an dem Minen-Projekt aufmerksam.

Die Aboriginal People haben gegenüber der Menschenrechtsorganisation angekündigt, einen Vertreter zu den Protesten während der Siemens-Hauptversammlung in München am kommenden Mittwoch zu entsenden. Außerdem hätten die Aboriginal People um einen Termin mit der Siemens-Führung gebeten, um ihre Sicht des Projektes darzulegen. Siemens hält trotz massiver Proteste an der geplanten Lieferung von Signaltechnik für die Bahnstrecke fest, mit der die Kohle zum Verladehafen transportiert werden soll.

„Australische Firmen hingegen haben aus dem Siemens-Debakel gelernt“, berichtete die GfbV-Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert. So habe das Bus-Unternehmen Greyhound Australia in der vergangenen Woche angekündigt, seinen Vertrag zum Transport von Arbeitskräften für den Bau der Eisenbahnstrecke zu der Carmichael-Mine nicht über den 31. März 2020 hinaus zu verlängern. Die Firma war in Australien für ihre Unterstützung des umstrittenen Projektes massiv kritisiert worden. Mehrere Dutzend Firmen haben sich nach breiten Protesten in der Öffentlichkeit bereits aus dem Projekt zurückgezogen. „Auch bei Siemens ist es Zeit für ein Umdenken, um den schönen Worten auch Taten folgen zu lassen“, forderte Delius.

Massaker in Nicaragua Verbrechen an Indigenen dürfen nicht straflos bleiben

GfbV-Pressemitteilung vom 31.1.2020



Mindestens sechs Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Mayangna wurden getötet, als am Mittwoch 80 bewaffnete Angreifer ihre Siedlung in dem Bosawás Biosphärenreservat überfielen. Foto: Joe Townsend via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0).

Nach dem Massaker an Indigenen in einem Biosphärenreservat in Nicaragua hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ein Ende der Straflosigkeit für Verbrechen an

Indigenen und einen besseren Schutz indigener Völker in Nicaragua gefordert. „Die Verantwortlichen für die Gewalt müssen zur Rechenschaft gezogen werden, denn die Gewalt gegen Indigene in Nicaragua nimmt dramatisch zu. Jede Untätigkeit der Behörden schürt neue Gewalt“ erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen. Noch nicht einmal in international anerkannten Naturschutzgebieten seien Indigene heute in Nicaragua vor tödlichen Übergriffen sicher, beklagte die Menschenrechtsorganisation. Eindringende Bewaffnete zögerten nicht davor zurück, Indigene zu ermorden, um sich Land illegal anzueignen und die Wälder zu roden.

Mindestens sechs Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Mayangna wurden getötet, als am Mittwoch 80 bewaffnete Angreifer ihre Siedlung in dem Bosawás Biosphärenreservat überfielen. Die Eindringlinge brannten mehrere Häuser nieder und erschossen willkürlich Indigene. Weitere zehn Angehörige der indigenen Gemeinschaft gelten seit dem Überfall als vermisst. In Nicaragua leben rund 30.000 Mayangna.

Das an der Grenze zu Honduras gelegene 2,2 Millionen Hektar große Naturschutzgebiet war 1997 von der UNESCO als Biosphärenreservat anerkannt worden. Es gilt als eines der größten zusammenhängenden Regenwaldgebiete nördlich Amazoniens. Seit Jahren beklagen Indigene, dass der illegale Holzeinschlag durch Eindringlinge dramatisch zunimmt. So belegen Satellitenbilder, dass heute bereits 31 Prozent der Fläche des Reservats landwirtschaftlich genutzt werden. Im Jahr 2000 waren nur 15 Prozent des Reservats gerodet gewesen. Nicaragua hat in den letzten 20 Jahren rund 19 Prozent seines Waldbestandes verloren. „Die illegalen Rodungen in dem Reservat zerstören die Lebensgrundlage der vom Wald lebenden Indigenen und sind eine Gefahr für das Ökosystem. Nicaraguas Regierung muss diesen unerklärten Krieg gegen Mensch und Natur endlich stoppen“, forderte die Menschenrechtsorganisation.

Morde an Indigenen sind in Nicaragua weit verbreitet. Meist bleiben die Verantwortlichen straflos. Selbst wenn mutmaßliche Tatbeteiligte verhaftet würden, würden sie vor Gericht meist wegen angeblich mangelnder Beweise freigesprochen, kritisierte die GfbV. Nicaraguas Behörden fehle es am politischen Willen, die Straflosigkeit für Morde an Indigenen zu beenden. Das jüngste Massaker müsse Regierung und Justiz endlich zum Umdenken bewegen. Erst diese Woche waren in Costa Rica drei nicaraguanische Staatsangehörige festgenommen worden, denen die Ermordung einer indigenen Familie in dem Maio-Reservat in Nicaragua im Oktober 2019 vorgeworfen wird. „Wir werden aufmerksam verfolgen, ob die Verantwortlichen für dieses Verbrechen tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden“, erklärte die GfbV.

Trotz Urteil des Internationalen Gerichtshofes Erneut Angriffe auf Rohingya in Myanmar

GfbV-Pressemitteilung vom 30.1.2020

„Diese erneuten Angriffe auf die Rohingya-Bevölkerung zeigen, wie wenig die myanmarische Regierung den Richterspruch aus Den Haag respektiert“, erklärt Jasna Causevic, Referentin für Genozid-Prävention und Schutzverantwortung bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Bild: United to end Genocide via Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)



Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft der myanmarischen Regierung vor, den erst vor wenigen Tagen ergangenen Richterspruch aus Den Haag zu ignorieren und damit das Völkerrecht mit Füßen zu treten. Am 23. Januar 2020 hatte der Internationale Gerichtshof (IGH) das südostasiatische Land unmissverständlich aufgefordert, Völkermord und andere schweren Verbrechen gegen die Rohingya einzustellen und die muslimische Bevölkerungsgruppe effektiv zu schützen.

Kurz darauf, in der Nacht vom 24. auf den 25. Januar, beschloss die myanmarische Armee das Rohingya-Dorf Kin Taung im Rakhaing-Staat mit Artilleriegeschützen. Dabei wurden zwei Frauen getötet, eine von ihnen war schwanger. Sieben weitere Menschen wurden verletzt und in das Gemeindekrankenhaus in Buthidaung gebracht. Die in London ansässige Menschenrechtsorganisation Burma Human Rights Network berichtet, zu dem Zeitpunkt hätten keine Kampfhandlungen zwischen dem Militär und der sogenannten Arakan-Armee stattgefunden. Am 26. Januar soll die Armee zudem ohne Angabe von Gründen das Sanyin Pin-Flüchtlingscamp bei Myebon zerstört und die darin Schutzsuchenden vertrieben haben.

„Diese erneuten Angriffe auf die Rohingya-Bevölkerung zeigen, wie wenig die myanmarische Regierung den Richterspruch aus Den Haag respektiert“, erklärt Jasna Causevic, Referentin für Genozid-Prävention und Schutzverantwortung bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Wenn die internationale Gemeinschaft dieses Verhalten tatenlos hinnimmt, gibt sie die Rechtsprechung des IGH der Lächerlichkeit preis.“ Sie müsse das Urteil des IGH durchsetzen, sodass alle Völkermordverbrechen enden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. „Auf Missachtungen des Urteils, wie sie bereits aufgetreten sind, müssen Sanktionen folgen“, fordert Causevic. „Die Regierung Myanmars muss vollumfänglich mit dem IGH kooperieren und die Verantwortlichen vor Gericht bringen.“

Das Urteil des IGH sei ein wichtiges Warnsignal an das Militär und die Regierung Myanmars gewesen. Nun bedürfe es jedoch Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft, damit es wirkungsvoll durchgesetzt wird. „Auch die deutsche Bundesregierung muss ihren Beitrag leisten und sicherstellen, dass die anhaltenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Völkermordverbrechen an Rohingya sofort

enden“, so Causevic. „Statt leerer Rhetorik sind jetzt echte Maßnahmen gefragt.“ Die Hoffnungen der Rohingya auf Schutz und Frieden dürften nicht wieder enttäuscht werden.

Da der Konflikt zwischen dem myanmarischen Militär und der Arakan-Armee weiterhin anhält, sind nicht nur Rohingya anhaltenden Gefahren ausgesetzt. Alle Menschen im Rakhaing -Staat sind von Gewalt durch die kriegsführenden Parteien bedroht. Die Regierung des Vielvölkerstaates ist aufgefordert, alle Minderheiten effektiv zu schützen – so wie es das höchste UN-Gericht in Den Haag verlangt.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Die aktuellen Ausgabe:

Welt der Vielfalt: Bräuche, Sagen und Mythen

Foto: Johanna Fischotter/GfbV

Was macht verschiedene Kulturen aus? Zum Beispiel ihre verschiedenen Bräuche, Mythen und Geschichten. Gemeinsamkeiten verstecken sich dort, wo wir sie kaum erwarten. Unterschiede eröffnen neue Denkweisen. Unsere Welt ist reich an Vielfalt. Lassen Sie uns einen Teil davon mit dieser Ausgabe gemeinsam entdecken.

Nummer 315

Ausgabe 06/2019

Seiten 72

Preis 4.60 Euro



Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de . Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

GfbV-Zeitschrift im Abo

Wir würden uns besonders darüber freuen, wenn Sie unsere Zeitschrift regelmäßig lesen möchten: Das Abonnement umfasst sechs Ausgaben im Jahr und kostet inklusive Versand 25 Euro pro Jahr (ermäßigt 20 Euro).

Zeitschrift abonnieren oder kostenloses Probeheft anfordern unter:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>

Menschenrechtsdokumentationen und weitere Angebote

Kostenlose Downloads aktueller **GfbV-Dokumentationen, Reports und Memoranden** sind auf unserer Internetseite unter Online Shop möglich:

<https://www.gfbv.de/nc/de/header-menue/online-shop/>

Meine Empfehlung zum Tag der Muttersprache (21. Februar):

Sprache: Ein Menschenrecht. Wie Indigene ihre bedrohten Sprachen verteidigen.

Autorinnen: Caroline Schäfer, Josephine Gercke, Sophia Lüneburg, Yvonne Bangert und Regina Sonk

Menschenrechtsreport Nr. 87. 2019

Kostenfreier Download:

www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2019/GfbV__Sprachenreport_finale_Version_Web.pdf

Interesse am GfbV-Newsletter aus dem Bundesbüro?



<https://www.gfbv.de/de/informieren/newsletter/>

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE 07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Postanschrift: Markweg 38, 48147 Münster,

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien. Irak, Türkei

(deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)

Tel. 0162-9789237,

E-mail: ismetleyla@web.de

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Twitter: <https://twitter.com/Gesellschaftfe> (Kajo Schukalla)

Facebook: <https://www.facebook.com/kajo.schukalla>

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster

www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster und durch das Bundesbüro in Göttingen finden sich über diese Links:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

<https://gfbvblog.wordpress.com/>

www.gfbv.de/de/informieren/spotlights/

www.gfbv.de



PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Datenschutzhinweis

Aufgrund der neuen **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** haben wir unsere Datenschutzerklärung überarbeitet. Sie findet sich auf der GfbV-Internetseite unter

<https://www.gfbv.de/de/footer-menue/ueber-uns/datenschutz/>

Wer mit der Nutzung der Adressdaten für den Versand dieser Menschenrechtsinformationen einverstanden sind, braucht nichts zu unternehmen.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an kajo.schukalla@gmail.com oder muenster@gfbv-rg.de . Wir werden dann alle Daten umgehend löschen.

Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorenght. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

The advertisement has a blue background. In the top left corner, there is a small white logo with a blue checkmark and the text "Gesellschaft für soziale Werte". The main text "LAD' MENSCHENRECHTE ZUM KAFFEE EIN!" is written in large, bold, yellow capital letters. To the right of the text is a white line-art illustration of a coffee cup with a pink circular logo on it. Below the main text, in smaller white text, it says "Für nur 3 Euro monatlich bekommst du 'nen Coffe to Go - oder eine Mitgliedschaft bei der GfbV". At the bottom left, there is a small white URL: "gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/".

www.gfbv.de/de/aktiv-werden/